

Isoliert und entrechtet: Postkoloniale Landwirtschaft in Andalusien von Marian Henn

Huelva liegt am südwestlichen Zipfel Spaniens. Von der „Provinz der Entdecker“ aus stachen Kolumbus' Schiffe in See und leiteten die Epoche kolonialer Dominanz ein. Heute erwirtschaftet die Region beachtliche Gewinne durch das „rote Gold“: spanische Himbeeren, Heidelbeeren und Erdbeeren stammen zu fast 100 Prozent aus Huelva. Die Ernte basiert maßgeblich auf der Eingliederung von Arbeitskräften aus ehemaligen Kolonien und historisch beherrschten Gebieten.

Der Transformationsprozess der andalusischen Peripherie zum „Kalifornien Europas“ setzte mit dem Ende der Diktatur Francos und dem Beitritt des Landes in die Europäische Gemeinschaft ein. Die Integration in die Weltmärkte und die aufkommende Dominanz der Supermarktketten verlangte nach einer Intensivierung der Produktion. In der Folge stieg die Landkonzentration, Formen kleinbäuerlicher Landwirtschaft wurden zurückgedrängt. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung stieg die Zahl besser bezahlter Arbeitsplätze; viele andalusische Tagelöhner*innen wechselten in das Baugewerbe oder den Tourismussektor. Die körperlich harte und schlecht bezahlte Arbeit im Agrarsektor wurde sukzessive an Menschen aus Osteuropa und dem Globalen Süden externalisiert.



Chabolosiedlung in Lepe (© Asnuci)

Saisonalität als Standortvorteil

Die Agrarproduktion in Huelva ist saisonwirtschaftlich organisiert. Die Haupterntesaison zwischen Februar und Juni zieht zehntausende Wanderarbeiter*innen aus verschiedenen Regionen Spaniens an. Viele von ihnen sind junge Männer aus dem Maghreb oder Ländern südlich der Sahara, die zum Teil schon viele Jahre in Spanien leben, aber über keine gültigen Papiere verfügen. „Es gibt ein klassisches Profil migrantischer Saisonarbeit. Von den Olivenhainen in Jaén kommen sie im Frühjahr nach Huelva. Es sind klar nachvollziehbare Routen“, erklärt ein Sprecher der andalusischen Gewerkschaft SAT. Hinzu werden jährlich etwa 20.000 Erdbeerpflückerinnen aus Marokko mit sogenannten „Ursprungsverträgen“ angeworben (siehe Kasten). Für die Agrarindustrie ist diese Form der saisonalen „Just-in-time“-Auswahl von Arbeitskräften ein entscheidender Standortvorteil im globalisierten Agrar- und Ernährungssystem. Diese erlaubt es den Erzeuger*innen nicht nur, flexibel auf Nachfrage reagieren zu können, sondern erschwert den Arbeiter*innen auch, soziale Bindungen in der Region aufzubauen. „Von hier ziehen sie dann im Sommer weiter. Das macht die Organisation für uns als Gewerkschaft natürlich schwierig“, so die SAT.

Komplexes System der Deregulierung

Der Arbeitsalltag im Agrarsektor ist von Informalisierung geprägt. „Es gibt keine normalen Tage. Heute arbeitest du hier und morgen dort“, erzählt Pape. Er ist vor vielen Jahren aus dem Senegal gekommen. Die meisten Arbeiter*innen sind wie Pape als Tagelöhner*innen tätig. Um Festanstellungen zu umgehen, greifen die Agrarbetriebe bei der Anwerbung häufig auf ein komplexes System an Zeitarbeitsagenturen und eigens gegründeten, formal unabhängigen Schattenfirmen zurück. Verstärkt wird die soziale Unsicherheit durch die Bezahlung nach Akkord: „Du gehst erst nach Hause, wenn der Chef es erlaubt. Dein Geld kriegst du erst, wenn die Lastwägen voll sind.“ Auch Schutzmaßnahmen werden systematisch umgangen. Insbesondere Atemwegs- und Hautkrankheiten durch den Einsatz von Pestiziden stellen ein permanentes Risiko dar.

(Agro-)industrielle Reservearmee

Eines der ältesten und wirksamsten Mittel der Disziplinierung liegt in der Schaffung überschüssiger Arbeitskraft¹. Auch in Huelva hindert die ständige Verfügbarkeit einer (agro-)industriellen Reservearmee die Menschen an der Einforderung grundlegender Rechte. „Wenn du hier überleben willst, musst du dich unterwerfen. Wenn du protestierst, dann kommt morgen jemand anderes und nimmt deinen Platz ein“, beklagt Modibo. In den Aufenthaltsräumen der Betriebe hängen Verzeichnisse aus, in denen die Ernteerträge jeder Arbeiter*in erfasst sind. Zudem werden schwarze Listen geführt: Vertragsarbeiterinnen, die nicht problemlos „funktionieren“, werden in der kommenden Erntesaison nicht mehr berücksichtigt.

Die Ursprungsverträge

Voraussetzung ist, dass es sich um Frauen zwischen 18 und 44 Jahren handelt, die familiäre Verpflichtungen in Marokko haben. Durch die Kriterien soll sichergestellt werden, dass sie nach der Saison in ihre Heimat zurückkehren. Im Zuge von sexueller Gewalt und systematischem Lohnbetrug entscheiden sich viele Frauen, die Betriebe vorzeitig zu verlassen. Da sie allerdings aufenthaltsrechtlich streng an den Ernteeinsatz gekoppelt sind, fallen die Arbeiterinnen in die Illegalität. Soziale Organisationen berichten über eine immense Feminisierung der Chabola-Siedlungen in den letzten Jahren. Grenzschießungen während der Pandemie und anhaltende Spannungen zwischen Spanien und Marokko, aber auch die zunehmende Zahl von Frauen, die sich zur Wehr setzen, haben das System zunehmend ins Bröckeln gebracht. Auf der Suche nach neuer Arbeitskraft startete die Agrarlobby mit dem Arbeits- und dem Entwicklungsministerium ein Pilotprojekt, welches seit diesem Jahr Arbeiterinnen aus Ecuador und Honduras anwirbt.

Das fehlende Recht, Rechte zu haben

Vor allem Arbeiter*innen ohne gültige Aufenthaltspapiere sind der Willkür schutzlos ausgeliefert. Aus Angst vor Abschiebung meiden sie, ihre Chefs bei den Justizbehörden oder der Arbeitsinspektion anzuzeigen. Seydou Diop ist Sprecher der Kampagne „Regularisierung Jetzt!“ und verweist auf die strukturelle Ebene dieser Entrechtung. „Wir fordern keine Almosen, sondern Gerechtigkeit. Aktuell können wir uns nicht wehren. Denn das Ausländergesetz sagt, dass du ohne Papiere keine Rechte hast.“ Die Gesetzgebung markiert Personen ohne Papiere als „die Anderen“, die nicht zur politischen Gemeinschaft gehören. Aufgrund ihres administrativen Status fehlt ihnen im Sinne von Hannah Arendt jeglicher Anspruch, Rechte zu haben, und die Menschen werden durch die Illegalität auf ihre bloße Arbeitskraft reduziert. Staatsbürgerschaft wird als „postkoloniales Ordnungsprinzip“² deutlich, welches den Ausschluss von sozialen Menschenrechten organisiert.

Wer ohne Papiere in Spanien lebt, kann zwar eine auf ein Jahr befristete Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erhalten, doch paradoxerweise ist das Verfahren an formelle Lohnarbeitsverhältnisse geknüpft. Auch Modibo musste zunächst eine undokumentierte Beschäftigung annehmen und darauf hoffen, dass die Betriebsleitung ihn im Anschluss mit einem Vertrag bei der Regularisierung unterstützt: „Hart und viel arbeiten, dann hast du vielleicht Glück“.



Protest gegen Rassismus

Die „Vierte Welt“

Eine rassistische Wohnraumsegmentierung drängt tausende migrantische Arbeiter*innen in selbstgebaute Chabola-Siedlungen ohne Wasser und Strom. Die Siedlungen lassen sich mit den Worten des Philosophen Achille Mbembe als „Vierte Welt“ begreifen – bewohnt von Menschen, die in einem Zustand dauerhafter Unsicherheit und Unsichtbarkeit die Ränder der Gesellschaften im Globalen Norden bewohnen. Auch Pape wohnt in einer Chabola unweit der Stadt Lepe: „Es gibt Menschen, die in einem Haus leben, gut belüftet, mit Wasser und Strom. Und nebenan lebt jemand in einer Baracke ohne Wasser und Strom. Und derjenige, der in der Baracke lebt, versorgt den, der in dem Haus wohnt, mit Nahrungsmitteln“.

Die Verdrängung in die Elendssiedlungen nimmt eine zentrale Funktion für die Stabilisierung der Produktionsverhältnisse ein. Zum einen bilden sie einen strategischen Ort für die Rekrutierung billiger Arbeitskräfte. Zudem lässt sich durch regelmäßige Brandanschläge zum Ende der Erntesaison sicherstellen, dass die Menschen die Region verlassen, wenn ihre Arbeitskraft nicht mehr gefragt ist. Nicht zuletzt erweisen sich die Lebensbedingungen in den Chabolas als leicht verwertbar für



Duschen in der „Vierten Welt“ (© Asnuci)

kolonial-rassistische Diskurse, in denen die Bewohner*innen als Bedrohung für Recht und Ordnung stilisiert werden.

„Erdbeeren ja, aber mit Rechten!“

In der Region regt sich zunehmend Widerstand. Neben der Sozialen Gewerkschaftsbewegung SAT treten migrantische und feministische Selbstorganisationen in den Vordergrund. In Kampagnen wie „fresas sí, pero con derechos“ (Erdbeeren ja, aber mit Rechten) oder „patriarcado, racismo y capital: alianza colonial“ (Patriarchat, Rassismus und Kapital: koloniale Allianz) verweisen sie nicht nur auf strukturelle Zusammenhänge von Ausbeutung, repressiven Migrationspolitiken und Geschlechterungerechtigkeit. Zeitgleich entwickeln sie Visionen für den Aufbau agrarökologischer Alternativen. Denn „die Leute verstehen immer mehr, dass eine der Wurzeln der sozialen und ökologischen Probleme in der Industrialisierung der Landwirtschaft liegen“, erklärt Ana vom Kollektiv „Tagelöhnerinnen im Kampf“. Unsere Aufgabe aus Deutschland liegt darin, diese Kämpfe solidarisch zu begleiten.

Marian Henn ist Bundesfreiwilliger bei FIAN. Seine Masterarbeit hat er an der Uni Cádiz zu illegalisierter migrantischer Arbeit in Andalusien verfasst.

- 1 Tietje, Olaf: Subalternisierende Prozeduren, prekärer Alltag und Selbstorganisation. Migrantische Landarbeiter_innen im Süden der EU.
- 2 Avallone, Gennaro. Migraciones postcoloniales, agricultura global y colonialidad del trabajo.



Landarbeiterinnen beim feministischen Streik am Frauentag